

Unternehmensangaben und Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen und zur Eignung des Bewerbers

Inhalt:

- Abschnitt I – Unternehmensangaben / Angaben zur Bietergemeinschaft
- Abschnitt II – Bildung einer Bietergemeinschaft
- Abschnitt III - Unteraufträge und Eignungsleihe
- Abschnitt IV - Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen
- Abschnitt V – Erläuterung der Ausschlussgründe und die Möglichkeit zur Selbstreinigung / Hinweis auf den zeitlichen Ablauf eines Ausschlusses
- Abschnitt VI – Eigenerklärung zur Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen

Abschnitt I: Angaben des Unternehmens / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Ich gebe/Wir geben dieses Angebot ab als:

- Einzelbieter**
 Bietergemeinschaft (Bitte beachten Sie Abschnitt II dieser Anlage.)

ggf. Name der Bietergemeinschaft:

Einzelbieter bzw. Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft

Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax (für den Zuschlag):	
E-Mail:	
Kleinst-, Klein- oder mittleres Unternehmen ?	
Ansprechpartner für die Ausschreibung:	

Eintragung in das Berufsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes

Ich bin nicht zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet



Ich bin eingetragen bei _____

Angabe zu Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin / Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft: _____

Präqualifizierungsverfahren

<p>Ein Präqualifizierungsverfahren gemäß § 48 (8) VgV zum Nachweis des Nichtvorliegens der Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB wurde durchlaufen und abgeschlossen.</p>	<input type="checkbox"/> Nein- weiter mit Abschnitt II <input type="checkbox"/> Ja. Das Zertifikat ist einzusehen in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (website: https://www.amtliches-verzeichnis.ihk.de) unter der Zertifikatsnummer: <hr/>
--	---

Nationale Identifikationsnummer:

Für Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister. Nur bei natürlichen Personen kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer: Nummer: _____
Art der Identifikationnummer: _____

Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

- Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis zu 2 Mio. Euro Umsatz
- Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis zu 10 Mio. Euro Umsatz und keine Kleinstunternehmen
- Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis zu 50 Mio. Euro Umsatz und kein mittleres Unternehmen
- Großunternehmen: über 249 Beschäftigte und bis zu 50 Mio. Euro Umsatz

Angabe der Größe des Wirtschaftsunternehmens (zutreffendes bitte ankreuzen):

Kleinstunternehmen: _____

Kleines Unternehmen: _____

Mittleres Unternehmen: _____

Großunternehmen: _____

Abschnitt II: Bildung einer Bietergemeinschaft

Mit dieser Vollmacht beauftragen wir das im Abschnitt I als Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft benannte Mitglied im Namen und Auftrag der Bietergemeinschaft mit

- der Abgabe des Angebotes und
- dem Abschluss und der Durchführung des Vertrages.

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch für die Leistungserbringung.

Mit nachstehender Unterschrift bestätigt jedes Mitglied der Bietergemeinschaft, dass die Erklärungen entsprechend den Abschnitten IV, V, VI und VII sowie die sonstigen von ihm verlangten Erklärungen zur Angebotsabgabe jeweils abgegeben werden.

Falls ein Mitglied eine oder mehrere der **Erklärungen in Abschnitt IV nicht wie gefordert** abgeben kann, hat es dies im **Abschnitt V** anzugeben und näher zu begründen.

Die Bietergemeinschaft setzt sich aus den folgenden Bietern zusammen:

Mitglied der Bietergemeinschaft:

Name:	
Rechtsform:	
Kleinst-, Klein- oder mittleres Unternehmen ?	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Firmenstempel	Datum/Unterschrift

Bei mehreren Mitgliedern bitte diese Seite hinreichend oft ausdrucken

Abschnitt III: Vergabe von Unteraufträgen und Eignungsleihe

Angaben in diesem Abschnitt sind nur dann zu machen, wenn beabsichtigt ist, einen Teil oder Teile des Auftrags an andere Unternehmen weiter zu vergeben (Unterauftrag) und/oder für den Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe).

Falls eine Unterauftragsvergabe oder Eignungsleihe beabsichtigt ist, verpflichtet sich der Bieter/die Bietergemeinschaft dafür zu sorgen, dass das vorgesehene Unternehmen ihm/ihr gegenüber **Erklärungen entsprechend den Abschnitten IV, V, VI und VII sowie die sonstigen von ihm verlangten Erklärungen zur Angebotsabgabe jeweils abgegeben hat.**

Diese Erklärungen hat das Unternehmen mit seiner Unterschrift unter Angabe von Datum, Ort und Firmenbezeichnung zu bestätigen.

Mir liegen von den für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehenen Unternehmen die vorstehenden Erklärungen vor und kein Unternehmen hat darin das Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß Abschnitt IV bejaht.

Ja Nein

Falls ja, ist die vorstehende Eigenerklärung des Bieters/der Bietergemeinschaft hinsichtlich der für die Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehenen Unternehmen ausreichend. Die Erklärungen der Unternehmen, die für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehen sind, brauchen Sie also nicht einzureichen.

Falls nein, überprüft die Vergabestelle ob Gründe für den Ausschluss und die Ersetzung des Unternehmens vorliegen.

Unternehmen, die für eine Unterauftragsvergabe bzw. Eignungsleihe vorgesehen sind, benennen Sie bitte im nachfolgenden Verzeichnis und nummerieren diese aufsteigend. Die von Unterauftragnehmern auszuführenden Leistungsteile sind nach Art und Umfang kurz zu beschreiben.

Unternehmen Nr.	
Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Kurzbeschreibung der auszuführenden Leistungsteile:	

Bei mehr Unterauftragnehmern bitte diese Seite hinreichend oft ausdrucken

Abschnitt IV: Eigenerklärungen als Beleg für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen - §§ 123 und 124 GWB und gemäß § 42 Abs. 1 VgV

Das Unternehmen / der Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft erklärt zu folgenden **Ausschlussgründen**:

1. Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung (§ 123 Abs. 1 GWB)

Ich versichere, dass keine **Person**, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) meinem Unternehmen zuzurechnen ist¹, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein **Unternehmen selbst** eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat² nachstehender Art:

- 1.1 Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen, Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland,
- 1.2 Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs (StGB) zu begehen,
- 1.3 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte,
- 1.4 Betrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 1.5 Subventionsbetrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 1.6 Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr und im Gesundheitswesen,
- 1.7 Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern,
- 1.8 Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB hinsichtlich ausländischer und internationaler Bediensteter,
- 1.9 Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr oder
- 1.10 Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung sowie Förderung des Menschenhandels.

2. Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (§ 123 Abs. 4 GWB)

Ich versichere, dass ich/mein Unternehmen allen meinen Verpflichtungen zu Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung sowohl in Deutschland als auch in meinem Niederlassungsstaat – sofern es sich um einen anderen Niederlassungsstaat als Deutschland handelt – nachgekommen bin.

3. Gründe im Zusammenhang mit umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)

Ich versichere, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen seine sonstigen umwelt-, arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen verstochen hat³.

Mir ist bekannt, dass nach den folgenden spezialgesetzlichen Ausschlussregelungen

- 3.1 gemäß § 21 Abs. 1 des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (AEntG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person **als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt** hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Abs. 3 GWB).

² Aufzählung in § 123 Abs. 1 GWB unter Angabe der einzelnen Strafnormen. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den **vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten** gleich (§ 123 Abs. 2 GWB). Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn diese inhaltlich einer Verurteilung nach den in Artikel 57 Abs. 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Tatbeständen entsprechen.

³ Umfasst sind gemäß Artikel 18 Abs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU alle für das Unternehmen geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen, die durch Rechtsvorschriften der Union, einzelstaatliche Rechtsvorschriften, aber auch durch **für das Unternehmen verbindliche Tarifverträge** festgelegt sind.

bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

3.2 gemäß § 19 Abs. 1 des **Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns** (MiLoG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind.

Ich versichere, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten zwei Jahre gegen mich/mein Unternehmen **nicht verhängt** worden sind und ich mit **keiner temporären Auftragssperre** belegt worden bin⁴.

4. Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)

Ich versichere, dass mein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist und sich nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

5. Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)

Ich versichere, dass das Unternehmen⁵ im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die dessen Integrität in Frage gestellt wird.

6. Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB)

Ich versichere, dass mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezuwecken oder bewirken.

7. Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB)

Ich erkläre, dass aus meiner Sicht kein Interessenkonflikt besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für die Auftraggeberin tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

8. Gründe aufgrund einer Wettbewerbsverzerrung durch Projektantentätigkeit (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB)

Ich versichere, dass mein Unternehmen nicht in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, ohne dass die Wettbewerbsverzerrung durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als den Ausschluss hätte beseitigt werden können.

9. Gründe aufgrund mangelhafter Erfüllung (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB)

Ich erkläre, dass mein Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadenersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

10. Schuldig der Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage verlangter Unterlagen und Erhalt vertraulicher Informationen zu dem Verfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB)

⁴ Bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro fordert die Vergabestelle für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine **Auskunft aus dem Gewerbezentralregister** nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO) an.

⁵ § 123 Abs. 3 GWB gilt entsprechend (vgl. Fußnote 2).

Ich bestätige, dass mein Unternehmen in Bezug auf seine Auskünfte zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder keine derartigen Auskünfte zurückgehalten hat, sowie in der Lage sein wird, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

11. Unzulässige Beeinflussung des öffentlichen Auftraggebers und des Vergabeverfahrens (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB)

Ich bestätige, dass mein Unternehmen

11.1 nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

11.2 nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Falls Sie eine oder mehrere der vorstehenden Erklärungen nicht wie gefordert abgeben können, ist dies im Abschnitt V anzugeben und näher zu begründen.

Abschnitt V:

- 1. Erläuterung der Ausschlussgründe aus Abschnitt IV Nr. 1 bis Nr. 11 mit der Möglichkeit zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB**
- 2. Hinweis auf den zeitlichen Ablauf eines Ausschlusses gemäß § 126 GWB**

1. Erläuterung der Ausschlussgründe nach IV. 1 bis IV.11 – Selbstreinigung gemäß § 125 GWB

Das Unternehmen hat in diesem Abschnitt nur dann Angaben zu machen, wenn es eine oder mehrere der Erklärungen aus den Abschnitten IV.1 bis IV.11 nicht wie gefordert abgeben kann.

Wenn mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft betroffen sind, legen Sie bitte für jedes der betreffenden Unternehmen eine separate, vom jeweiligen Unternehmen ordnungsgemäß ausgefüllte Erklärung mit den nach diesem Abschnitt erforderlichen Erklärungen und Informationen mit dem Angebot vor.

Sollte der Platz für Ihre Angaben nicht ausreichen, machen Sie diese bitte auf gesonderter Anlage. Bitte verweisen Sie darauf in der nachstehenden Tabelle entsprechend.

Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung (siehe IV.1) liegen vor.	ja <input type="checkbox"/>
Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: <ul style="list-style-type: none"> • Datum der rechtskräftigen Verurteilung / bzw. der rechtskräftigen Festsetzung einer Geldbuße; Art der Straftat gemäß den Punkten 1.1 bis 1.10; Grund (Gründe) für die Verurteilung / Ordnungswidrigkeit • Verurteilte Person • Soweit unmittelbar im Urteil festgelegt: Dauer des Ausschlusszeitraums und Tatbestand (Tatbestände) Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle an sowie genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Im Falle einer Verurteilung: Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen ⁶ („Selbstreinigung“)?	Ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (siehe IV.2) liegen vor.	Ja <input type="checkbox"/>
Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: <ul style="list-style-type: none"> • Datum der rechtskräftigen Gerichts- oder bestandskräftigen Verwaltungsentscheidung • Betroffenes Land bzw. betroffener Mitgliedstaat • Wie hoch ist der fragliche Betrag? • Wie wurde der Verstoß gegen die bestehenden Verpflichtungen festgestellt? Sofern die Feststellung im Wege einer Gerichts- oder verwaltungsbehördlichen Entscheidung erfolgte: Ist diese Entscheidung endgültig und verbindlich? Im Falle einer Verurteilung: Soweit darin unmittelbar festgelegt, bitte die	

⁶ Aus der Beschreibung sollte hervorgehen, dass die betreffenden Maßnahmen in Anbetracht der Art der begangenen Straftaten (punktuell, wiederholt, systematisch ...) angemessen sind.

Dauer des Ausschlusszeitraum angeben: Wurde der Verstoß gegen die Verpflichtungen auf andere Weise festgestellt (bitte präzisieren): Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen nachgekommen, indem es die Zahlung vorgenommen hat oder eine verbindliche Vereinbarung im Hinblick auf die Zahlung der fälligen Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge – ggf. einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafzahlungen – eingegangen ist?	
Sofern die einschlägigen Unterlagen über die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen (siehe IV.3) liegen vor.	Ja <input checked="" type="checkbox"/>
Falls ja, bitte näher ausführen (u.a. Datum des Verstoßes):	
Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens dieses Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)?	Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz (siehe IV.4) liegen vor.	Ja <input checked="" type="checkbox"/>
Falls ja, bitte das Datum der Insolvenz benennen und die konkrete Art der Situation benennen und näher ausführen: Erläutern Sie dabei bitte, warum das Unternehmen unter Berücksichtigung der geltenden nationalen Vorschriften und Maßnahmen betreffend die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter diesen Umständen dennoch in der Lage ist, den Auftrag zu erfüllen.	
Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen (siehe IV.5) liegen vor.	Ja <input checked="" type="checkbox"/>
Falls ja, näher ausführen und außerdem das Datum der Verfehlung angeben:	

Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	Ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen (siehe IV.6) liegen vor.	Ja <input type="checkbox"/>
Falls ja, näher ausführen und außerdem das Datum der Verfehlung angeben:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	Ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe in Zusammenhang mit einem Interessenkonflikt (siehe IV.7) aufgrund der Teilnahme am Vergabeverfahren liegen vor.	Ja <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte beschreiben:
Gründe in Zusammenhang mit einer Wettbewerbsverzerrung durch Projektantentätigkeit liegen vor (siehe IV. 8).	Ja <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte beschreiben:
Gründe in Zusammenhang mit mangelhafter Erfüllung liegen vor (siehe IV.9).	Ja <input type="checkbox"/>
Falls ja, bitte näher ausführen und außerdem das Datum der Leistungsstörung angeben.	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	Ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Falls ja, bitte beschreiben:

2. Zeitlicher Ablauf des Ausschlusses gemäß § 126 GWB

Für den Fall, dass keine oder keine ausreichenden Selbstreinigungsmaßnahmen seitens des Unternehmens ergriffen wurden, darf es bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB höchstens 5 Jahre seit der rechtskräftigen Verurteilung von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Bei Vorliegen eines Ausschlußgrundes nach § 124 GWB dürfen höchstens drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sein.

Geben Sie daher in der o.a. Tabelle stets das Datum der rechtskräftigen Verurteilung an.

Abschnitt VI: Eigenerklärungen zur Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen bei der Auftragsausführung

Erklärung zur Gesetzestreue, zur Zahlung eines Mindestlohns, zur Abgaben- und Steuertreue sowie zur Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Regelungen gemäß § 128 Absatz 1 GWB:

Ich verpflichte mich, alle für mich geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.